

# APD-AGENTURMELDUNG

Nachrichtenagentur APD

267/2019

Zur sofortigen Veröffentlichung

Themen: Seenotrettung, Bündnis, EKD, VEF, Adventisten, #united4rescue, Gemeinsam Retten, Bedford-Strohm, #wirschickeneinschiff.de



Teilnehmer der Pressekonferenz (v.l.n.r.) Katharina Fegebank (2. Bürgermeisterin Hamburg), Heinrich Bedford-Strohm (EKD Vorsitzender), Leoluca Orlando (Bürgermeister Palermo), Michael Schwickart (stv. Vorsitzender „Gemeinsam Retten e.V.“)

© Foto: Stephan G. Brass/APD

## Breites Bündnis zur Seenotrettung gegründet

Hamburg | 03.12.2019 | APD | Das Bündnis „united4rescue – Gemeinsam Retten e.V.“ wurde heute auf einer Pressekonferenz in Hamburg der Öffentlichkeit vorgestellt. Vom Evangelischen Kirchentag im Juni dieses Jahres kam der Impuls, ein weiteres Schiff zur Seenotrettung ins Mittelmeer zu senden.

### Evangelische Kirche übernimmt Initiative

Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm wies darauf hin, dass die EKD den Impuls des Dortmunder Kirchentages: „Schickt selbst ein Schiff“ aufgegriffen und seither in den entsprechenden Gremien die Gründung eines Bündnisses vorangetrieben habe. Der Kirchenmann wörtlich: „Wir müssen mit Nachdruck diejenigen unterstützen, die anderen helfen, dass sie nicht ertrinken. Wir

müssen Menschen retten, wenn sie in Gefahr sind.“ Der Beschluss in der Synode sei einstimmig gefallen.

Für den rheinischen Pastor Joachim Lenz, Sprecher des neugegründeten Vereins „united4rescue - Gemeinsam Retten e.V.“, sei es ein Weltrekord deutscher Gerichte, dass der Verein erst vor 3 Wochen gegründet wurde, dann die Gemeinnützigkeit bestätigt bekam und nun das Bündnis vorgestellt werden könne. Dem Verein könne man nicht beitreten, wohl aber dem Bündnis. Auf das Engagement der evangelischen Kirche angesprochen meint er: „Es kann kein Kirchenschiff sein, es braucht eine breite Basis.“

### **Breites Bündnis gefordert**

Die Organisatoren des Aktionsbündnisses sind davon überzeugt, wie es in einer Meldung heißt, „dass jedes Leben in Seenot gerettet werden muss. Daher unterstützen wir die zivilen Seenotrettungsorganisationen, die dem Ertrinken nicht tatenlos zusehen, sondern da humanitär handeln und Menschenleben retten, wo staatliche Seenotrettung fehlt.“

Die 2. Bürgermeisterin der Hansestadt, Katharina Fegebank (Bündnis90/Die Grünen) verwies bei der Pressekonferenz auf die Tradition der Seenotrettung in Hamburg. Auch sei der internationale Seegerichtshof in Hamburg angesiedelt. „Es ist unser aller Pflicht, zu tun, was wir tun können.“ So seien in der Stadt bereits über 52.000 Geflüchtete aufgenommen und in Kita, Schulen und Arbeitsmarkt integriert worden. Hamburg gehöre seit Herbst letzten Jahres auch zum Bündnis „sicherer Hafen“ – und sei bereit, in Seenot geratene Menschen aufzunehmen. Etwa 120 sichere Häfen gebe es in Deutschland - Städte und Kommunen, die es Geflüchteten ermöglichen, auf sicherem und legalem Weg anzukommen. Es sei nicht länger tragbar, dass die Länder ohne die Zustimmung des Bundesinnenministers keine Geretteten aufnehmen könne.

### **Wir können die Augen nicht verschließen**

Anwesend war auch der Bürgermeister der italienischen Hafenstadt Palermo. Sehr eindringlich beschrieb er die Sorge um die in Seenot geratenen Menschen. Seenotrettung sei ein Menschenrecht. „Es geht nicht um lieb sein – sondern um Recht.“ Es gebe auch keine Entschuldigung, dass wir nichts gewusst hätten. Es ginge nicht, wie bei unseren Großeltern, die von der Shoa nichts gewusst hätten. Alle wüssten Bescheid. Auch dürften wir die Augen vor den Zuständen in den libyschen Lagern nicht verschließen. „Es ist dort wie im Gefängnis und den europäischen Länder bezahlen das.“ So warb er darum, keine Angst vor den Geretteten zu haben, sondern vielmehr Sorge. Für die Diskussion sei er deshalb auch Gott dankbar. Und ein Schiff sei ein konkreter Beitrag zur Seenotrettung.

### **Politischen Druck erhöhen**

Der stellvertretende Vorsitzende des Trägervereins „Gemeinsam Retten e.V.“, Michael Schwickart, zeigte sich sehr erfreut über den großen Zuspruch, den das Bündnis vor seiner Gründung erfahren hat. Heute, am 3. Dezember, sei der offizielle Startschuss für das Bündnis. Trotzdem sei er „wütend und sauer, wenn Politiker erst dann anfangen zu handeln, wenn Menschen leiden.“ Deshalb müsse der politische Druck dann aufgebaut werden, wenn die Menschen nicht in Not seien. Er forderte erneut die Verantwortlichen in der europäischen Gemeinschaft auf, das Recht auf Seenotrettung als Teil des Völkerrechts und das Recht auf Leben als Menschenrecht auch in der Praxis zu respektieren und an den Grenzen Europas wieder umzusetzen. Außerdem wendet sich United4Rescue gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung

und fordert faire Asylverfahren für Menschen, die nach Europa fliehen. Und schließlich sollten jene Kommunen, die sich zu „Sicheren Häfen“ erklärt haben, die rechtlichen Möglichkeiten erhalten, zusätzliche Schutzsuchende aufzunehmen.

### **#wirschickeneinschiff.de**

Als erstes Projekt sieht das Bündnis ein zusätzliches Seenotrettungsschiff für den Einsatz im Mittelmeer vor. Die Kosten würden sich auf ca. 1 Million Euro belaufen. Es sollte um Ostern 2020 in den Einsatz gehen. Dafür würden nun weitere Bündnispartner und finanzielle Unterstützung gesucht. Das Projekt, so Schwickart auf Nachfrage, sei auf mindestens zwei Jahre angelegt. „Wir brauchen eine Botschaft: Zusammen sind wir stark!“ Und weiter: „Sobald Europa Lösungen schafft, braucht es unseren Verein nicht mehr.“

Neben Ärzte Ohne Grenzen, dem CVJM Deutschland, verschiedenen evangelischen Kirchengemeinden und Kirchenkreisen beteiligen sich auch etliche Unternehmen und Hilfsorganisationen an dieser humanitären Initiative. Auch die Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) ist beteiligt. Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland ist Gastmitglied im VEF.

Weitere Informationen unter [www.united4rescue.com](http://www.united4rescue.com)

\*\*\*\*\*

Diese Agenturmeldung ist auch im Internet abrufbar unter: [www.apd.info](http://www.apd.info)

\*\*\*\*\*

### **IMPRESSUM:**

#### **Nachrichtenagentur APD**

Zentralredaktion Deutschland, Postfach 4260, 73745 Ostfildern

Tel: +49 711 44819-14

E-Mail: [info@apd.info](mailto:info@apd.info)

Web: [www.apd.info](http://www.apd.info)

Facebook: [AdventistischerPressdienstDeutschland](https://www.facebook.com/AdventistischerPressdienstDeutschland)

Twitter: [https://twitter.com/apd\\_info](https://twitter.com/apd_info)

© Nachrichtenagentur APD Ostfildern (Deutschland) und Basel (Schweiz)

Kostenlose Text-Nutzung nur unter der Bedingung der eindeutigen Quellenangabe und klaren Zuordnung zur Quelle „**APD**“ gestattet.

Das © Copyright an den Agenturtexten verbleibt auch nach ihrer Veröffentlichung bei der Nachrichtenagentur APD.

APD ® ist die rechtlich geschützte Abkürzung des Adventistischen Pressedienstes